

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Pressegleichschaltung mithilfe des Ausnahmezustands:

AKP verbietet weitere Fernsehsender

Auf Grundlage des Ausnahmezustands hat die türkische Regierung per Dekret ein Ausstrahlungsverbot für insgesamt zehn Fernsehsender ausgesprochen. Betroffen von der Maßnahme sind unter anderem der oppositionelle Fernsehsender „Hayatin Sesi“, der alevitische Sender TV10 und kurdischsprachige Zeichentricksender Zarok TV. Die betroffenen Fernsehsender sind über den türkischen Satellitenbetreiber Türksat seit dem 28. September nicht mehr zu erreichen. In den nächsten Tagen wird auch die türkische Rundfunkanstalt RTÜK sich mit den Sendern befassen, was voraussichtlich die Umsetzung des Ausstrahlungsverbots für die betroffenen Fernsehkanäle zur Folge haben wird.

„Oppositionelle Stimmen werden zum Schweigen gebracht“

Der Programm-Koordinator des Fernsehsenders Hayatin Sesi, Arif Koşar, erklärt zum Ausstrahlungsverbot seines Senders, dass die AKP ein Einparteiensystem und eine Ein-Mann-Diktatur in der Türkei zu etablieren versuche. Der aktuelle Schritt der AKP liefere dafür lediglich einen weiteren Beweis. „Oppositionelle Stimmen sollen zum Schweigen gebracht werden und das Ausstrahlungsverbot macht nochmal deutlich, dass man als Oppositioneller in der Türkei derzeit

keine Sicherheit genießt“, so Koşar.

Veli Büyüksahin, Redaktionsmitglied des alevitischen Fernsehsenders TV 10, bewertet das Ausstrahlungsverbot seines Senders als Teil einer Gleichschaltungspolitik und Assimilationspolitik der AKP gegenüber der alevitischen Glaubensgemeinschaft. „Wir haben die Kultur, die Stimmen, die Probleme und die Forderungen der Aleviten zum Thema unseres Fernsehprogramms gemacht. Das scheint die Regierungspartei derart gestört zu haben, dass sie sich nun zu diesem Schritt gezwungen sah. Die Stimme der Aleviten soll also zum Schweigen gebracht werden“, erklärt der Mitarbeiter von TV 10.

Zarok TV: „Welche Propaganda haben wir betrieben?“

Die Leiterin des Senders Zarok TV Dilek Demiral stellt sich nach dem Ausstrahlungsverbot gegen ihren Sender die Frage, welche Propaganda ihr kurdischsprachiger Zeichentricksender denn betrieben habe. Der Sender mit Sitz in Amed (Diyarbakir) hatte ausschließlich international bekannte Zeichentrickserien wie „Die Schlümpfe“ oder „Biene Maja“ ins kurdische synchronisiert und ausgestrahlt. Demiral fordert eine Erklärung der Regierung für das Ausstrahlungsverbot

und fährt wie folgt fort: „Wenn sie uns eine einzige Straftat, ein einziges Propagandadelikt beweisen können, werden wir selbst unseren Sender schließen. Unsere einzige Schuld ist, dass wir in kurdischer Sprache Zeichentrickserien gesendet haben.“

Rückenwind für türkische Medienzensur aus Europa: Eutelsat fordert Schließung von MedNuce TV

Parallel zu den ausgesprochenen Ausstrahlungsverboten der AKP gegen zehn Sender, hat der französische Satellitenbetreiber EUTELSAT wohl andere europäische Satellitenbetreiber dazu aufgefordert, den Sendeplatz für den kurdischen Fernsehsender MedNuce TV zu streichen. Das berichtet der betroffene Fernsehsender selbst in einer schriftlichen Stellungnahme vom 29. September. MedNuce TV erklärt, dass die Aufforderung hierzu von der AKP-Regierung aus der Türkei kommt. Die Türkei habe mit dem Verbot der zehn Sender am Tag zuvor bewiesen, was sie von der Meinungs- und Pressefreiheit hält. Die Tatsache, dass EUTELSAT, immerhin der drittgrößte Satellitenbetreiber der Welt, sich hinter die Aufforderung der AKP stelle, mache das Unternehmen zum Mittäter, erklärt der kurdische Nachrichtensender.

(CA, 29.9., ISKU)

Das Şirnex, das du kanntest, das gibt es nicht mehr

Kennst du Şirnex (Şirnak)? Şirnex ist die Stadt, in der die Ausgangssperre seit 7 Monaten ununterbrochen Tag und Nacht anhält. Es ist die Stadt, in der die Straßen und Stadtteile jeden Tag ein Stückchen mehr abgerissen und vernichtet werden und wo von den zerstörten Häusern nicht einmal mehr der Schutt übrig bleibt. Alles wird fortgeschafft. Und falls du mal in Şirnex warst, das Şirnex, das du kanntest, das gibt es nicht mehr. Şirnex wurde zerstört. Es wurde vom türkischen Staat zerbombt und niedergehauen. Doch Şirnex wurde nicht zum ersten Mal zerstört. Nach 24 Jahren wurde es jetzt zum zweiten Mal verbrannt und zerstört. Unbeachtet von der Welt, in aller Stille, und das trotz modernster Technik, die die Nachrichten in Sekunden-

schnelle von einem zum anderen Ende der Welt bringen.

Die Bevölkerung von Şirnex, die mit Verhängung der Ausgangssperre ihre Häuser und Wohnungen verlassen mussten, sie sind nicht abgewandert. Sie sind geblieben, haben an den Hängen der angrenzenden Berge, des Çudi und Gabar, Schutz gesucht und Unterschlupf gefunden. Sie errichteten ihre Zelte so, dass sie von dort aus ihre Stadt sehen können. Hier leben sie jetzt. Etwa 3.000 Familien, rund 10.000 Menschen. An vielen Stellen schossen Zeltsstädte aus dem Boden. Der Konutlar mevki (Platz der Wohnungen) genannte Ort ist nur eine von vielen. Die Bedürfnisse derer, die hier sind, werden von den Rathäusern von Şirnex und Derğül (Kumçatı) getragen. Denn

die Familien selbst haben mit Verhängung der Ausgangssperre nicht nur ihr Dach über dem Kopf verloren sondern alles, auch ihre Arbeit und ihr Einkommen – dementsprechend groß ist die Not. Aber die Solidarität untereinander macht vieles wett, denn nur so lässt sich das Leben meistern. Neben der Sicherstellung einer Wasserversorgung haben sie einen Bakofen errichtet. Es sind Toiletten gebaut und es gibt die Möglichkeit zu duschen. Doch die Nächte werden bereits kälter. Der Herbst und damit der Winter naht. Im Winter kann man hier nicht bleiben. Der Boden, auf denen die Zelte errichtet sind, besteht aus Erde. Wenn der erste Regen kommt, wird er aufweichen und das Leben hier dann zur Qual machen. Vor der

Meldungen:

Ebadi: Türkei soll irakisches Territorium verlassen

Haydar Ebadi, Ministerpräsident des Irak, nahm auf einer Pressekonferenz Stellung zu jüngsten Äußerungen Erdogans bezüglich einer Beteiligung der Türkei an einer Militäroperation gegen den Islamischen Staat DAİŞ in Mossul. Er erklärte: „Die Erklärung Erdogans bezüglich einer (geplanten) Operation in Mossul ist sehr verblüffend. Denn die Türkei wird in keinerlei Weise an ihr beteiligt werden. Wann die Operation stattfindet, wird mit allen Beteiligten geklärt werden. Eine Vereinbarung mit türkischen Soldaten lehnen wir ab.“ Weiter erklärte er: „Wir wünschen in keinsten Weise Differenzen mit der Türkei. Aber es ist auch notwendig, dass die Türkei den Irak verlässt. Wir akzeptieren die Existenz von türkischen Soldaten auf irakischem Territorium nicht.“ (ANF, 28.9., ISKU)

Flugzeugabsturz über den Medya-Verteidigungsgebieten

Am Dienstag hieß es in einer zunächst unbestätigten Eilmeldung der Nachrichtenagentur Rojnews, die sich auf lokale Quellen berief, in Garê im Gebiet Bergare in den Medya-Verteidigungsgebieten, sei ein türkisches Flugzeug abgestürzt. Es wird davon ausgegangen, dass es sich möglicherweise um einen Kampfjet handeln könnte. Jetzt haben die Volksverteidigungskräfte HPG bestätigt, dass Teile des abgestürzten Flugzeugs in ihrer Hand seien. Das Flugzeug war gegen 19.00 Uhr in der Nähe der Dörfer Guze und Biye auf den Boden aufgeschlagen. Im Anschluss habe die türkische Armee das Gebiet aus der Luft bombardiert hieß es.

(ANF, 28.9., ISKU)

Nisêbin: Der Stadtteil Kanika wurde dem Erdboden gleichgemacht

Die Nachrichtenagentur Dicle Haber Ajansi DIHA hat jetzt ein Foto eines Stadtteils von Nisêbin (Nusaybin) veröffentlicht. Das Foto zeigt oder besser es zeigt nichts, denn den Stadtteil Kanika (Zeynelabidin) gibt es nicht mehr. Er wurde ausradiert. Ausgelöscht in 7 Monaten Ausgangssperre, verhängt vom türkischen Staat. Vom ganzen Stadtteil ist nur noch ein Gebäude und eine Moschee übrig. Alle anderen Gebäude wurden ausgelöscht. Im zur Provinz Mêrdîn (Mardin) gehörenden Landkreis Nisêbin war am 14. März 2016 die Ausgangssperre verhängt worden.

Initiative für Städtepartnerschaft zwischen Kobani und Frankfurt am Main übertrifft Erwartungen

Spenden für den Wiederaufbau

Die Stimmung im legendären Club Voltaire in Frankfurt am Main, wo sich die Städtepartnerschaftsinitiative Kobani-Frankfurt seit Monaten regelmäßig trifft, war am Montagabend ausgelassen. Seit Juli hat die Initiative, die sich aus Mitgliedern kurdischer und deutscher Vereine zusammensetzt, ihre eigenen Erwartungen übertroffen und 21.042 Euro gesammelt. Der Verein LAGG »Leben und Arbeiten in Gallus und Griesheim e.V.« hatte angekündigt, die ersten 10.000 Euro, die bis Dezember eingehen, zu verdoppeln. Damit sind es jetzt 31.042 Euro. Die Frankfurter Aktivist*innen wollen den Wiederaufbau der nordsyrischen Stadt an der türkischen Grenze mitfinanzieren. Im Februar 2015 hatten die kurdischen Frauen- und Volksverteidigungseinheiten YPJ und YPG Kobani von der Terrormiliz »Islamischer Staat« befreit. Die Öffentlichkeit hatte den Kampf um die Stadt fast täglich im Fernsehen mitverfolgen können. Viele erinnern sich an die Stadt, die nach der Befreiung in Schutt und Asche lag; vor allem an das Modell der regionalen Selbstverwaltung, nach dem alle Positionen in der Verwaltungs- und politischen Entscheidungsstruktur paritätisch mit einer Frau und einem Mann besetzt sind. So erklärte Lothar Reininger, Vorsitzender des LAGG und stellvertretender Leiter des Club Voltaire, die Spendenbereitschaft aus der ganzen Republik – »insbesondere offenbar auch von jW-Lesern«.

Ein Waisenhaus für Kinder, die in der Stadt im kurdischen Selbstverwaltungsgebiet Rojava ihre Eltern im Kampf gegen den IS verloren haben, sei als erstes Projekt im Bau. An der Finanzierung wirken derzeit verschiedene Initiativen in Deutschland, den Niederlanden und Österreich mit. Die Frankfurter Initiative unterstützt das Projekt auch praktisch: Unter ihren Mitgliedern sind Pädagogen des freien Jugendhilfprojektes »Welle« aus Hanau. Sobald die Grenzblockaden der Türkei aufgehoben sind, wollen sie in Kobani Weiterbildungen anbieten, damit kriegstraumatisierte Kinder therapiert werden können. Beteiligt sind zudem das Dritte-Welt-Haus, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), der Städtefreundschaftsverein Frankfurt-Granada (Nicaragua), die Kampagne »Tatort Kurdistan« und kurdische Organisationen wie Nav-Dem, der Amara-Frauenrat und der Studierendenverband YXK. Die Lage in der Stadt selbst sei weiterhin prekär, betonte Mako Qocgiri vom Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad. Die Türkei habe kürzlich versucht, eine Mauer auf dem Stadtgebiet zu errichten. Nach Protesten der Bevölkerung wurde der Bau auf türkischem Territorium fortgesetzt – und somit das Embargo, unter dem die Stadt leidet.

Das Ziel einer offiziellen Städtepartnerschaft zwischen Frankfurt am Main und Kobani liegt noch in weiter Ferne. Die Frankfurter Initiative will einen Verein gründen, um mindestens 6.000 Mitglieder und Fördermitglieder zu gewinnen, erklärte eine Aktivistin. Für den 3. November plant die Initiative eine Veranstaltung im Frankfurter Saalbau Bockenheim: »Wir wollen verdeutlichen, dass wir dieses Gesellschaftsmodell mit seiner emanzipativen, demokratischen Idee toll finden und mit den Leuten in Kobani in Austausch kommen wollen«, sagt Thomas Lutz von der »Welle«. Schüler und Lehrer könnten E-Mail-Kontakt mit Schulen dort aufnehmen; Studierende, Hochschuldozenten und Professoren mit den Universitäten in Afrin oder Kamischli; gewerkschaftliche Betriebsgruppen mit Kooperationspartnern. Unterstützung gibt es für das Projekt in vielerlei Hinsicht: Eine kurdische Werbeagentur im Rhein-Main-Gebiet verspricht, kostenlos eine Website zu erstellen. Aktivist*innen planen eine Demo am 1. November: Dabei, so heißt es, würden freilich die bislang von der Frankfurter Polizei verbotenen Embleme und Fahnen der kurdischen Frauen- und Volksverteidigungseinheiten der YPG und YPJ und der in den Selbstverwaltungsgebieten regierenden »Partei der Demokratischen Union« (PYD) mitgeführt. (jW, 29.9., ISKU)

Nach 134 Tagen wurde sie in 9 Stadtteilen aufgehoben, in 6 weiteren dauert sie hingegen weiter an. Während dessen setzt das türkische Regime seine »Abrissarbeiten« fort. Das Foto vom Stadtteil Zeynelabidin-Kışla läßt erahnen, was das für Folgen haben wird. Der Stadtteil Zeynelabidin liegt an der Grenze zu Syrien. Auf der anderen Seite der Grenze liegt die Stadt Qamişlo. Mit Auslöschung des Stadtteils wurde auch die erste Universität der Welt, die Nisibis Universität, vernichtet. (YH, 22.9., ISKU)

26. Kommune unter Zwangsverwaltung

Mit der Kreisstadt Ergani in der Provinz Amed (Diyarbakir) wurde am Mittwoch die 26. von der kurdischen Demokratischen Partei der Regionen (DBP) regierte Kommune unter Zwangsverwaltung gestellt. An die Stelle der bereits unter dem Vorwurf der »Unterstützung einer Terrororganisation« inhaftierten Bürgermeisterin Aygün Taskin trat ein Staatsbürokrat. Nach Angaben der regierungsnahen Tageszeitung Sabah von Dienstag sollen bis zu 40.000 Angestellte des öffentlichen Dienstes aufgrund angeblicher Verbindungen zur Arbeiterpartei Kurdistans PKK entlassen werden. Bereits in den letzten Wochen waren mehr als 50.000 Beamte ohne jeden Prozess suspendiert worden, darunter neben vermeintlichen Gülen-Anhängern auch 11.000 in der linken Bildungsgewerkschaft »Egitim Sen« organisierte Lehrer. In einem Gefängnis der südostanatolischen Stadt Sirkak am es in der Nacht zum Mittwoch nach Informationen der Nachrichtenagentur Firat zu einem Aufstand. Die Insassen forderten ein Ende des Besuchsverbots für Angehörige und Anwälte. Ein Gefangener kam ums Leben, als Feuer ausbrach. Nach Angaben von Justizminister Bozdog wurden in Zusammenhang mit dem Putschversuch bislang 32.000 Menschen in Untersuchungshaft genommen. (jW, 30.9.)

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur
YH Yüsekova Haber
CA Civaka Azad
jW junge Welt

N ü ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

4.10.: Prozessklärung von Ahmet Çelik

Im Verhandlungstag am 4. Oktober wird der nach § 129b StGB angeklagte Ahmet Çelik vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eine Erklärung abgeben. Das Hauptverfahren gegen den kurdischen Politiker, den die Anklage beschuldigt, Mitglied in einer terroristischen Vereinigung im Ausland gewesen zu sein, war am 12. Mai 2016 in Anwesenheit zahlreicher ProzessbesucherInnen eröffnet worden. Ihm wird vorgeworfen, von Anfang Juni 2013 bis Anfang Juli

2014 unter dem Decknamen »Kerim« als hauptamtlicher Kader der PKK den Sektor »Mitte« in Deutschland geleitet zu haben. Zum Prozessauftritt erklärte Ahmet Çelik auf die Frage der Vorsitzenden Richterin nach seinen persönlichen Daten, dass sein ursprünglich kurdischer Name Hemê Xelef sei, der im Zuge der Assimilierungspolitik des Staates türkisiert worden sei. Außerdem lege er Wert darauf, nicht in Bozok, sondern in Meşkina geboren zu sein.

Nach zahlreichen von der Verteidigung vorgelegten, vom Senat und der Bundesanwaltschaft abgelehnten Anträgen, dem aufschlussreichen Vortrag des von der Anklage als Zeuge geladenen sachverständigen Wissenschaftlers an der Landesverteidigungsakademie in Wien, Dr. Walter Posch, über die Situation der Kurden in der Türkei 2013/2014, will der Angeklagte nunmehr selbst Stellung nehmen und sich zu verschiedenen Aspekten des Konflikts äußern. (Azadi, 30.9., ISKU)

→ Das Şirnex, das du kanntest...

Hitze wurden die Zelte mit Zweigen abgedeckt. Doch wie sollen sie sich vor der Kälte des Winters schützen? Im Winter fallen die Temperaturen in Şirnex sehr tief, meterhoch wird dann der Schnee liegen. Was soll dann aus den Kindern werden die hier leben? Eine Schule gibt es hier nicht. Seit der Verhängung der Ausgangssperre können sie nicht mehr zur Schule gehen. Als die Operationen

nach andauerten haben die Menschen hier von den Hügeln aus beobachtet, was unten in der Stadt passierte. Seit Monaten ist die Militäroperation beendet, doch die seit dem 14. März dieses Jahres verhängte Ausgangssperre dauert weiterhin an. Die Menschen wollen ihre Stadt nicht aufgeben, wollen sich nicht vertreiben lassen und haben dafür alles auf sich genommen. Seit Monaten lei-

sten sie tagtäglich Widerstand. Sie fordern die Aufhebung der Ausgangssperre, aber wird es nicht auch Zeit, die Last, die auf ihnen ruht, zu teilen? Zum Beispiel mit einer Patenschaft oder einer Gemeinschaftspatenschaft für eine Familie? Heyva Sorê Kurdistan e.V. wird bei der Vermittlung bestimmt gern behilflich sein (siehe Nüçe Nr. 784 bzw. www.heyvasor.com/de/xwiskubira/). (ANF, 27.9., ISKU)